Kammer Online 07/2025

Inhalt:

→ Zuständigkeitsstreitwert der Amtsgerichte soll auf 10.000,00 EUR verdoppelt werden

→ Fachanwaltsausschuss für Migrationsrecht: Beisitzer gesucht!

→ STAR 2025 Erinnerungsaktion

→ STAR 2024: Kammerbericht Schleswig-Holstein

→ Forschungsprojekt zur beruflichen Orientierung: onBoard

→ Rechtshilfenetzwerk gegen Antiziganismus nimmt Arbeit auf

→ 13. Soldan Moot zur anwaltlichen Berufspraxis 2025

→ Woche der Beruflichen Bildung Schleswig-Holstein 2025 (KW 47)

→ Einladung zur gemeinsamen Auftaktveranstaltung Kompetenz bündeln – den Weg weisen durch Orientierung

→ Einladung zum Lübecker Arbeitsrechtsgespräch am 11.09.2025 in Lübeck

→ Deutsch-Israelische Juristenvereinigung e.V. Jugendtagung vom 07. bis 14.09.2025 in Brandenburg und Berlin

→ Save the Date: 4. Opferschutztag am 27.11.2025 in Kiel

Zuständigkeitsstreitwert der Amtsgerichte soll auf 10.000,00 EUR verdoppelt werden

Mit dem am 24.06.2025 veröffentlichten Referentenentwurf zur „Änderung des Zuständigkeitsstreitwerts der Amtsgerichte, zum Ausbau der Spezialisierung der Justiz in Zivilsachen sowie zur Änderung weiterer prozessualer Regelungen“ will das Bundesjustizministerium die Zuständigkeiten von Amts- und Landgerichten umverteilen.

Amtsgerichte sollen danach künftig für Streitwerte bis 10.000 € – statt bisher 5.000 € – zuständig sein. Zudem sollen eine nachträgliche Änderung des Streitwerts sowie eine Beschwerde gegen die Wertfestsetzung unrichtig gewordener Kostenentscheidungen eingeführt werden. Unabhängig vom Streitwert soll außerdem eine bessere Spezialisierung der Gerichte ermöglicht werden. Dazu sollen etwa Nachbarschaftsstreitigkeiten streitwertunabhängig den Amtsgerichten zugewiesen werden, Streitigkeiten aus Heilbehandlungen, Vergabesachen sowie Veröffentlichungsstreitigkeiten hingegen den Landgerichten.

Beides entspricht im wesentlichen einem in der vergangenen Legislaturperiode eingebrachten Regierungsentwurf, der Beschlüsse der Frühjahrskonferenz 2023 der Justizministerinnen und -minister von Bund und Ländern (JuMiKo) umsetzt. Der Regierungsentwurf fiel jedoch infolge des Regierungswechsels der Diskontinuität anheim. Er sah lediglich eine Erhöhung der Streitwertgrenze auf 8.000 € vor, die nun geplante Erhöhung auf 10.000 € entspricht dem Beschluss der Frühjahrs-JuMiKo 2025.

Zudem enthält der Referentenentwurf eine Rechtsbereinigung im Bereich der Verbraucherstreitbeilegung: Aufgrund der Einstellung der Europäischen Plattform für Online-Streitbeilegung (ODR-Plattform) und der Aufhebung des ihr zugrundeliegenden Unionsrechtsakts (Verordnung (EU) Nr. 524/2013) bedurfte es der Anpassung mehrerer nationaler Rechtsnormen.

BRAK-Präsident Dr. Ulrich Wessels hat sich umgehend mit einem Schreiben an die Bundesjustizministerin gewandt und die Beanstandungen und Bedenken mit Blick auf die Gesetzesbegründung adressiert. Die BRAK hatte bereits in ihrer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf in der vergangenen Legislaturperiode kritisiert, dass die dem Mandanten entstehenden Kosten der anwaltlichen Vertretung als bloßer Kostenposten dargestellt werden, den es zu reduzieren gelte. Eine solche verkürzte Darstellung, die in ihrer Kalkulation zudem auf Schätzungen fuße, werde der Rolle der Anwaltschaft in ihrer Rechtschutzzugang gewährenden und für den Rechtsstaat und die Rechtspflege unabdingbaren Funktion in keiner Weise gerecht. So werde ein unzutreffendes Bild von der Anwaltschaft und ihrer prozessualen Rolle im Verfahren und im Gefüge des Zugangs zum Recht vermittelt.

Die BRAK hat sich zu dem neuen Gesetzentwurf Mitte Juli erneut geäußert. Die BRAK-Stellungnahme Nr. 25/2025 der BRAK finden Sie hier.

Weiterführende Links:

– Referentenentwurf
– BRAK-Stellungnahme Nr. 26/2024

Fachanwaltsausschuss für Migrationsrecht: Beisitzer gesucht!

Die Schleswig-Holsteinische Rechtsanwaltskammer sucht Kolleginnen und Kollegen, die bereit sind, ehrenamtlich im neu zu bildenden Fachanwaltsausschuss für Migrationsrecht mitzuwirken. Zum Mitglied oder stellvertretenden Mitglied des Ausschusses soll in der Regel nur bestellt werden, wer berechtigt ist, die Fachanwaltsbezeichnung für Migrationsrecht zu führen.

Wenn Sie Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit im Fachanwaltsausschuss für Migrationsrecht haben, geben Sie uns bitte Nachricht per beA oder E-Mail (mchristiansen@rak-sh.de).

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

STAR 2025 Erinnerungsaktion – Das IFB bittet um Mitwirkung an der Umfrage

Wie Sie bereits wissen, ist seit Mitte Mai 2025 die aktuelle Version der STAR-Befragung online zugänglich, die das Institut für Freie Berufe (IFB) im Auftrag der Bundesrechtsanwaltskammer regelmäßig durchführt. Abgefragt werden diesmal die Daten zur wirtschaftlichen Situation für das Jahr 2024. Die Beantwortung der Fragen benötigt etwa 20 Minuten Ihrer Zeit und erfolgt komplett digital.

Die STAR-Umfrage ist eine der wenigen Möglichkeiten, Material zu erhalten, mit dem im Interesse der Anwaltschaft argumentiert werden kann. Daher möchte das IFB Sie nochmals um Ihre Unterstützung bitten.

Die Befragung ist noch bis zum 30.08.2025 unter folgendem Link zugänglich:

https://t1p.de/star2025

Als Dank für Ihre Mitarbeit bietet Ihnen das IFB an, Ihnen eine persönliche Auswertung zukommen zulassen, in der Ihnen die Durchschnittswerte für Ihre Referenzgruppe dargestellt werden, sodass Sie sich mit dieser vergleichen können.

Wenn Sie bereits teilgenommen haben, vielen Dank hierfür!

Sollten Sie Fragen oder Hinweise hierzu haben, wenden Sie sich gerne an Ihre Ansprechpartnerin im IFB, Frau Kerstin Eggert (kerstin.eggert@ifb.uni-erlangen.de).

Wir würfden uns über eine Beteiligung von Ihnen an der STAR-Umfrage sehr freuen.

Auch unsere Kammer erhält ausgewählte Ergebnisse der Befragung für unseren Kammerbezirk, die wir unseren Mitgliedern dann gerne zur Verfügung stellen.

STAR 2024: Kammerbericht Schleswig-Holstein

Das Institut für Freie Berufe (IFB) hat den Ergebnisbericht von STAR 2024 – Kammerbericht Schleswig-Holstein vorgelegt. Diesen haben wir hier für Sie hinterlegt.

Forschungsprojekt zur beruflichen Orientierung: onBoard

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat gemeinsam mit der Technischen Universität Darmstadt ein digitales Spiel zur Berufsorientierung, in dem Schüler mit Auszubildenden aus unterschiedlichen Berufen chatten können, entwickelt.

Um den Chat mit Inhalt zu füllen, werden Auszubildende im Beruf Rechtsanwaltsfachgestellte/r gesucht, die Fragen zu ihrer Ausbildung und ihrer Berufswahl beantworten möchten. Die Azubis nehmen ihre Antworten mithilfe ihres Smartphones als kurze Videobotschaft, Audio- oder Textnachricht auf. Der Chat findet also nicht in Echtzeit statt, sondern wird vorstrukturiert.

Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem Schreiben des BIBB nebst Infoblatt, welches wir hier für Sie hinterlegt haben.

Bei Interesse und oder Rückfragen wenden Se sich gerne an das Projektteam (Frau Böhle und Herr Bör) unter Tel.: 0228 107 2700 bzw. per E-Mail: onboard@bibb.de

---

Rechtshilfenetzwerk gegen Antiziganismus nimmt Arbeit auf

Seit 2022 erfasst die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ geförderte Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) bundesweit antiziganistische Vorfälle und veröffentlicht einen jährlichen Bericht über deren Ausmaß. Im vergangenen Dezember wurde in Schleswig-Holstein die sechste regionale Meldestelle eingerichtet.

Bei MIA Bund wird in diesem Jahr ein Rechtshilfenetzwerk gegen Antiziganismus errichtet, an das sich Betroffene wenden können, um eine juristische Erstberatung durch einen Volljuristen zu erhalten. Nach Besprechung der Erfolgsaussichten im konkreten Fall verfolgt MIA das Ziel, die Betroffenen an kooperierende Fachanwält*innen zu verweisen, die die Prozessstandschaft, selbstverständlich zu branchenüblicher Vergütung, übernehmen würden.

Darüber hinaus bietet MIA für die Mitglieder des Rechtshilfenetzwerks in der zweiten Jahreshälfte mehrere Workshops zur Geschichte und gegenwärtigen Ausformungen des Antiziganismus an, die auch Raum zum kollegialen Austausch und zur Debatte relevanter Rechtsgrundlagen und Urteile in diesem Themenfeld lassen sollen.

MIA würde sich über ihr Interesse und Ihre Bereitschaft zur Mitwirkung im Rechtshilfenetzwerk freuen!

Einen Flyer haben wir hier für Sie hinterlegt.

Weitere Informationen finden Sie online.

Kontakt: rechtshilfenetzwerk@mia-bund.de

---

13. Soldan Moot zur anwaltlichen Berufspraxis 2025

Die Bundesrechtsanwaltskammer weist auf den 13. Soldan Moot zur anwaltlichen Berufspraxis 2025 hin und bittet um Ihre Unterstützung.

Das Rundschreiben der Bundesrechtsanwaltskammer Nr. 214/2025 vom 17.07.2025 haben wir für Sie hier verlinkt.

Den im vorgenannten Rundschreiben genannten Fall finden Sie hier.

Weitere Informationen sind auf der Homepage von Soldan zu finden. Dort haben Sie die Möglichkeit sich online anzumelden.

Die Anmeldung zum Wettbewerb ist bis zum 31.07.2025 möglich.

Woche der Beruflichen Bildung Schleswig-Holstein 2025 (KW 47)

Das Anschreiben des Schleswig-Holsteinischen Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) finden Sie hier.

Einladung zur gemeinsamen Auftaktveranstaltung Kompetenz bündeln – den Weg weisen durch Orientierung und Beratung am 09.09.2025 in Kiel

Die Einladung zur Kooperationsveranstaltung der IHK zu Kiel und der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwaltskammer finden Sie hier.

Kammer Online 07/2025

Einladung zum Lübecker Arbeitsrechtsgespraech am 11.09.2025 in Lübeck

Die Einladung finden Sie hier.

Deutsch-Israelische Juristenvereinigung eV. Jugendtagung vom 07. bis 14.09.2025 in Brandenburg und Berlin

Vom 07. bis 14.09.2025 findet in Brandenburg und Berlin die diesjährige Jugendtagung der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung e. V. statt.

Das Programm zur Veranstaltung sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie jeweils hier.

Save the Date: 4. Opferschutztag am 27.11.2025 in Kiel

Die Stabsstelle Opferschutz des Ministeriums für Justiz und Gesundheit und die Opferschutzbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein veranstalten in enger Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Herrn Dr. Ulrich, den 4. Opferschutztag am 27. November 2025 im Veranstaltungszentrum Kiel.

Nähere Informationen erhalten Sie zeitnah mit der Einladung.

IMPRESSUM

Schleswig-Holsteinische Rechtsanwaltskammer | Schleswig-Holsteinische Notarkammer
Körperschaften des öffentlichen Rechts | Gottorfstr. 13, 24837 Schleswig
T: 0 46 21.93 91 0
www.rak-sh.de – info@rak-sh.de
www.notk-sh.de – info@notk-sh.de

VERANTWORTLICHE REDAKTION:

Rechtsanwältin Birgit Zerres, Hauptgeschäftsführerin der Schleswig-Holsteinischen Rechtsanwalts- und Notarkammer;
Die Rechtsanwaltskammer wird gerichtlich und außergerichtlich vertreten durch ihren Präsidenten, Rechtsanwalt und Notar a.D. Jürgen Doege, Geesthacht.
Die Notarkammer wird gerichtlich und außergerichtlich vertreten durch ihren Präsidenten, Rechtsanwalt und Notar Andreas Kühnelt, Kiel.